

Die Politisierung des christlich-fundamentalistischen Lagers

Autor(en): **Frischknecht, Jürg**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **93 (1999)**

Heft 2

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-144154>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Politisierung des christlich-fundamentalistischen Lagers

Jürg Frischknecht braucht nicht lange vorgestellt zu werden. Als Experte der rechten Politszene hat er sich schon mit dem in sechs Auflagen erschienenen Buch «Die unheimlichen Patrioten» einen Namen gemacht (vgl. NW 1979, S. 329ff. und 1985, S. 36). Sein neuestes, ebenfalls zusammen mit Peter Niggli herausgegebenes Buch «Rechte Seilschaften» macht die Fortsetzung im Sinne des Untertitels: «Wie die <Unheimlichen Patrioten> den Zusammenbruch des Kommunismus meisterten.» Wir wollten von Jürg Frischknecht Näheres über die «christlich» firmierenden Gruppen am rechten Rand der schweizerischen Politik erfahren. Der Autor zeigt auf, dass diese Gruppen sich unterscheiden, je nachdem sie auf eine «christian coalition», vor allem im Bündnis mit der nationalkonservativen SVP, setzen oder den Alleingang in eigenen Klein-Strukturen versuchen. Inhaltlich fokussiert sich die «christliche» Rechte dabei in beängstigendem Ausmass auf die Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs. Red.

Die SVP – «atheistische» Partei oder «christliche» Alternative?

Wer die Internet-Adresse www.kvp.ch anklickt, kann unter anderem lesen: «Die christlichen Organisationen müssen miteinander enger verbunden werden; es braucht ein verstärktes, gemeinsames Wächteramt, eine <christian coalition> mit dem Auftrag: Wacht und betet!» Zu finden ist dieser Appell auf der Website der *Katholischen Volkspartei der Schweiz (KVP)*, einer ultrakatholischen Mini-Partei, die gut vier Jahre alt und politisch bedeutungslos ist. Doch fehlt es nicht an Selbstbewusstsein: «Es gibt nebst der KVP keine Organisation in der Schweiz, welche konsequent und umfassend katholische Politik betreibt.» Klein, aber rein.

Der Internet-Text diskutiert die aktuelle politische Situation beim Traktandum *Fristenlösung*, aber auch die Versetzung von Bischof *Wolfgang Haas*. Aus der «innenpolitischen Niederlage» der Haas-Umtopfung zieht die Splitterpartei folgenden Schluss: «Wenn in Zukunft Dinge wie der Fall Haas vermieden werden sollen, müssen die 40 000 Personen, welche die Petition Haas unterzeichnet haben, einsehen,

dass es nicht genügt, nur religiös (beispielsweise in der Pro Ecclesia) sich zu organisieren, sondern das Zeugnis für Christus verlangt auch die konstante politische Aktion.»

Der Text der Katholischen Volkspartei, der die Handschrift ihres Präsidenten Lukas Brühwiler aus Amriswil (TG) trägt, zeigt zweierlei: Erstens fühlen sich fundamentalistische christliche Kreise, in diesem Fall ultrakatholische, rundum in der Defensive. Zweitens setzt die KVP auf den Aufbau einer eigenen *politischen Struktur*. Sie hält nichts von der anderen möglichen Option: «Die SVP als atheistische Partei ist keine Alternative zur CVP», urteilt Brühwiler. Und mit Blick auf haschischrauchende oder bisexuelle Jung-SVPLer analysiert er: «Ein marxistisch geschulter, völlig korrupter Nachwuchs stösst in der SVP nach.» Doch auch Brühwiler bleibt nicht verborgen, dass «sehr viele frustrierte CVP-Leute in die SVP gehen; das ist ein Akt der Verzweiflung».

Der frühere Aargauer SVP-Grossrat Herbert Meier, Verleger der «Schweizerischen Katholischen Wochenzeitung» und Präsident der Papst- und Haas-treuen Vereinigung Pro Ecclesia, schwört auf eine

ganz andere Strategie als Brühwiler. Meier ist überzeugt, dass die Anhänger religiös-fundamentalistischer Organisationen in- zwischen «zu neunzig Prozent SVP wählen». Lediglich kleine Minderheiten setzen auf die Kleinparteien EDU (Eidgenössisch-demokratische Union) und KVP. Diese seien jedoch viel zu schwach, um die Anliegen der Christkonservativen vertreten zu können. Tatsächlich stellt die EDU auch nach zwei Jahrzehnten Parteaufbau einen einzigen Nationalrat (im Kanton Bern). Und die junge KVP ist nicht einmal in einem kantonalen Parlament vertreten.

Die *traditionsreiche CVP*, bis vor kurzem selbstverständliche und alleinige Heimat für Katholisch-Konservative, kommt in Meiers Einschätzung nur noch als Nachbemerkung vor. Mit ihrer vorsichtig europafreundlichen Haltung und mit ihrem deutlichen Ja zur Fristenlösung hat die CVP tatsächlich konservative Parteigänger vor den Kopf gestossen. Diesen offeriert die SVP mit neugegründeten Kantonalparteien in den katholisch geprägten Innerschweizer Kantonen eine neue Heimat. Immer mehr spielt eine neue Liaison: *Christkonservative und Nationalkonservative* finden sich auch über Konfessionsgrenzen hinweg. Wie sehr die Parteienlandschaft dadurch in Bewegung gerät, zeigt das Extrembeispiel der Unterwalliser Gruppe MCC.

Protestant Blocher bei Unterwalliser Ultras

«Die kenne ich alle in- und auswendig», entschlüpft es KVP-Präsident Brühwiler, wenn die Rede auf das *Mouvement chrétien conservateur valaisan (MCC)* kommt, auf die Christlich-Konservative Bewegung des Wallis. «Die waren am Anfang alle bei mir.» Der rechtskatholischen Bewegung, die 1995 entstand, gehören etliche Personen aus dem Umkreis von «*Ecône*» an, also der Priesterbruderschaft Pius X. Bis zur Trennung von der katholischen Kirche vor zehn Jahren waren die Ecônisten stark in der Unterwalliser CVP verankert. Nach dem kleinen Schisma ist die CVP deutlich auf Distanz gegangen.

Angeführt wird das MCC vom ehemaligen Schuldirektor Paul Germanier. Laut ihm zählt die Bewegung über 200 zahlende Mitglieder und doppelt so viele Sympathisierende. Das Mouvement setzt sich zum Ziel, «die Walliser und Schweizer Gesellschaft gemäss ihrer eidgenössischen, volkstümlichen Tradition unter Anwendung der römisch-katholischen Soziallehre zu organisieren». Die Statuten unterscheiden zwischen der Basis («Volksbewegung»), einem Rat («gewählte ältere Mitglieder, die mindestens fünfzig Jahre alt sind») und der «Jugendbewegung» – insgesamt eine Struktur, die man auf Anheb kaum den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts zuordnen würde. Ein zentrales Anliegen des MCC ist der *rabiante Kampf gegen jegliche Abtreibung*.

Anfänglich strebte das MCC einen Status innerhalb der CVP an. Doch nach dem *CVP-Schwenk zur Fristenlösung* im Frühling 1997 entfiel diese Option. Im September 1997 trat das Mouvement mit Inseraten im «Walliser Boten» frontal gegen die CVP an: «Die Schweizer CVP ist für die freie Abtreibung, ist gegen die Initiative Jugend ohne Drogen, will unser Land in der Europäischen Gemeinschaft untergehen lassen, genau wie die anderen Parteien. Diese Politik lehnt Ihr ab. Die Walliser Christlich-Konservative Bewegung lehnt die erlaubte Abtreibung ab, unterstützt energisch die Initiative Jugend ohne Drogen, will eine unabhängige, neutrale Schweiz.»

An der MCC-Jahresversammlung vom November 1997 hielt der Journalist Pierre de Villemarest, ein alter Bewunderer des chilenischen Diktators Augusto Pinochet, das Gastreferat. An der gleichen Generalversammlung wurde die MCC-Spitze ermächtigt, eine Partnerschaft mit der *Zürcher SVP* einzugehen. Zuvor war eine MCC-Delegation nach Bern zu einem Treffen mit Christoph Blocher gereist, neben Präsident Germanier und dem Walliser Auns-Repräsentanten Jean-Dominique Cippolla auch zwei Präfekten und ein Staatsanwalt.

«Jeder Partner bewahrt seine Identität», beginnt die «*Partnerschafts-Verein-*

barung» zwischen der SVP des Kantons Zürich und dem MCC, die im Februar 1998 unterzeichnet wurde. Unter den gemeinsamen Zielen finden sich: «Neuorientierung unserer Innen- und Aussenpolitik auf der Grundlage der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz», «Finanzen/Steuern: Verzicht auf jede neue finanzielle Belastung über reelle Grenzwerte hinaus; Rückführung auf das tiefstmögliche Niveau, inbegriffen die Sozialausgaben», «Verhinderung der Einwanderungs-Invasion», «Privatisierung von öffentlichen Aufgaben», «Verzicht von Heroinabgabe durch den Staat», «Ablehnung der legalisierten Abtreibung». Die Schlussbestimmung hält fest: «Diese Vereinbarung ist vorerst auf ein Jahr befristet und kann nachher verlängert werden. Sie kann von beiden Partnern jederzeit aufgelöst werden.»

Zu Recht wunderte sich der sozialdemokratische Walliser Staatsrat Peter Bodenmann in einem Interview über die seltsame *politische Mischehe*: «Die ultrakatholischen Integristen verbünden sich mit dem Sohn des Pfarrers Blocher, also mit dem historischen Feind! Die Situation ist surreal.»

Oder vielleicht die neue Realität? Die Walliser Partnerschaft ist zwar ein Extremfall, liegt aber im Trend. Christkonservative und Nationalkonservative haben immer weniger Berührungspunkte. Die *Trennlinie konservativ versus «modernistisch»* – das umfassende Schimpfwort in der konservativen Publizistik – ist stärker als jene zwischen den Konfessionen. Wenn es darum geht, jede aussenpolitische Öffnung zu bekämpfen, gegen die real existierende, aber gesetzlich noch nicht verankerte Fristenlösung ein absolutes Abreibungsverbot zu propagieren oder gegen die Schwulen zu agitieren, finden sich die beiden Lager immer öfters.

Manchmal auch in derselben Person. Erklärtes MCC-Mitglied ist auch der Notar Jean-Dominique Cipolla aus Martigny, Abkömmling einer früheren «Einwanderungsinvasion» und als einer der drei Auns-Vizepräsidenten verantwortlich für

die Blocher-Aktion in der Westschweiz. Die unterzeichnete Konvention sei «mehr eine Annäherung an die Ideen von Blocher als an die SVP», betonte er.

Im Winter 1998/99 war noch offen, ob die Partnerschaft eine Fortsetzung findet. «Dazu kann ich keine nähere Auskunft geben», erklärte Thomas Meier, Sekretär der Zürcher SVP, im Dezember wiederholt – und entzog sich Nachfragen durch Auflegen des Telefonhörers.

Die «Mischehe» Blocher–MCC zeigt, dass traditionelle Bindungen und Grenzen wie Konfession oder (Familien-)Tradition von neuen ideologischen Orientierungen abgelöst werden. Der aktuelle, bei weitem noch nicht abgeschlossene Prozess ist die *grösste Umschichtung in der Parteienlandschaft* seit hundert Jahren. Unsicher erscheint vor allem die Zukunft der CVP. Offensichtlich ist hingegen, dass sich die SVP als neues Sammelbecken für christkonservative und reaktionäre Kräfte empfiehlt.

Auch die traditionellen «Lebensschutz»-Organisationen wie «*Ja zum Leben*» oder «*Helfen statt töten*», die die parlamentarische Initiative von Barbara Häring Binder mit einem Referendum zu Fall bringen wollen, setzen auf das Bündnis mit der SVP, auch wenn diese die Fristenlösung nur zu zwei Dritteln ablehnt. Es ist ein Zweckbündnis mit dem einzig möglichen, einigermassen starken Partner.

«Für Mutter und Kind» – und für eine eigene Struktur

Die andere Strategie – man könnte sie «Alleingang» nennen – verfolgt neben EDU und KVP auch die schweizerische *Volksinitiative* «Für Mutter und Kind», die im Juni 1998 von christkonservativer Seite lanciert wurde. Die 27 Initiantinnen und Initianten sind praktisch unbekannt und gehören einer neuen Generation von «Lebensschützern» an. Sie wagen das Unternehmen einer eidgenössischen Initiative – heutzutage ein Projekt mit Unkosten von mehreren hunderttausend Franken – ohne Abstützung bei grossen Organisationen.

Das Volksbegehren will Frauen, die sich zu einem *Schwangerschaftsabbruch* entschliessen, fast ohne Ausnahme *kriminalisieren*: «Wer ein ungeborenes Kind tötet oder massgeblich zur Tötung beiträgt, macht sich strafbar, es sei denn, die Fortsetzung der Schwangerschaft bringt die Mutter in eine akute, nicht anders abwendbare, körperlich begründete Lebensgefahr.» Würde dieser Verfassungsartikel in der Volksabstimmung dereinst angenommen, dürfte selbst eine Schwangerschaft, die Folge einer Vergewaltigung ist, nicht unterbrochen werden.

«Retten Sie pro Jahr 12 000 Kinder!», hiess die Schlagzeile eines *demagogischen Prospekts*, der mit einem Aufwand von rund 700 000 Franken in 3,6 Millionen Schweizer Haushaltungen geschickt wurde. «Eines Tages wird die vorgeburtliche Zeit des Ungeborenen als Bestandteil der Kindheit anerkannt», schrieben Nicole Stern und Myriam Dupuis, die beiden Präsidentinnen des Initiativkomitees. Gemäss ihrer eigenen Logik müssten die beiden Präsidentinnen ihr Alter stets um neun Monate aufrunden (was sie bisher inkonsequenterweise unterliessen).

Offizieller Träger der Initiative ist der Verein «*Schweizerische Hilfe für Mutter und Kind*» (*SHMK*) mit Sitz in Luchsingen (GL) und Sekretariat in Basel. Bei der Gründungsversammlung im Hotel Viktoria in Hasliberg Reuti (BE) waren im Januar 1998 auch prominente «Lebensschützer» aus dem Ausland als Gäste dabei, so Karin Struck aus Gütersloh, Dietmar Fischer aus Wien und Siegfried Ernst aus Ulm.

Das 27köpfige Initiativkomitee umfasst zu zwei Dritteln Frauen, der altersmässige Schwerpunkt liegt zwischen 30 und 45 Jahren. Viele arbeiten in medizinischen oder Pflgeberufen. «Das Kriterium war «möglichst jung und möglichst nicht bekannt», nämlich nicht zuzuordnen», erklärten Personen, die bei Vorbereitungssitzungen dabei waren. Nicht ganz zum betont «jugendlichen» Auftritt passte der Hauptkommentar im Streuprospunkt: «Fristenlösung unhaltbar!», verfasst vom pensionierten Medizinprofessor Hans Koblet aus Burgdorf,

einem Mann mit guten Beziehungen zum VPM. Koblet präsidiert auch den serbelnden Verein «Gesellschaft und Kirche wohin?» – noch immer besser bekannt unter dem früheren Namen «*Aktion Kirche wohin?*»

«Wir vertreten keine Partikularinteressen und sind in jeder Hinsicht neutral und unabhängig», behauptete Kopräsidentin Nicole Stern keck. Und Heinz Hürzeler, Pressesprecher der ersten Stunde, wich im Gespräch jeder Frage nach dem Hintergrund von Personen aus: «Wir vertreten Menschen, keine Organisationen. Wir sind vom Schweizer Volk getragen.» Er dementierte sogar, dass ein Opus-Dei-Mitglied im Komitee sitzt. Um dann doch kleinlaut anzufügen: «Meines Wissens nicht.»

Etliche Komitee-Mitglieder haben durchaus einen bekannten Hintergrund. Dominik Müggler aus Basel, der von der katholischen Seite kommt, tritt als Manager des Projektes auf. Er präsidiert die Basler Sektion von «Ja zum Leben». Ein weiterer Hauptinitiant ist der Ostschweizer Krankenpfleger Christoph Keel. Er ist wie Patricia Casanova und Barbara Göpfert in der Anti-Abtreibungsgruppe «*Betroffenes Spital*» aktiv, die seit 1996 das Spitalpersonal zu organisieren versucht. Heinz Hürzeler vom Zentralkomitee «Ja zum Leben» sass für die EDU im Gemeinderat von Luchsingen (GL), bis ihn 1998 ein SVP-Mann verdrängte. Almut Weisensee aus Bern, die Ehefrau von Gerd J. Weisensee, ist Mitglied von «*Pro Life*», einer Art Krankenkasse, die damit wirbt, dass Schwangerschaftsabbrüche nicht gedeckt seien. Der Jurist Riccardo Seitz aus Zürich, der in der Kerngruppe mitmachte, gehört zum *Opus Dei*, das sich weltweit im Sinne des Vatikans gegen die Abtreibung einsetzt. Robert Stern, der Mann der Kopräsidentin, hatte sich in den achtziger Jahren bereits für die Initiative «*Recht auf Leben*» engagiert. Seine Frau Nicole Stern sowie Rita Baumgartner sind bei «Helfen statt töten» dabei. Zum Initiativkomitee gehört auch die Berner EVP-Grossrätin Marianne Streiff. Alles Menschen, die keine Organisationen vertreten?

«Keine VPM-Beteiligung»

Ein noch grösseres Geheimnis wird um die *Finanzquellen* des ambitionierten Projektes gemacht. In den Presseunterlagen heisst es, die Initianten würden «weder von Kirchen noch von Lebensschutzorganisationen finanziert. Keine VPM-Beteiligung. Die finanziellen Mittel stammen von privaten Quellen.» Selbst Insider rätselten im Gespräch mit uns über diese Quellen. Sie nannten zwei Vermutungen. Die eine:

«Mügler hat im «Basler Daig» Sponsoren oder Sponsorinnen gefunden.» Die andere: «Im Hintergrund stehen die «Christians for Truth» – die Christen für Wahrheit –, die über sehr viel Geld verfügen.»

Der Passus «Keine VPM-Beteiligung» fiel besonders auf, weil eine solche Vermutung gar nie geäussert worden war. Vielleicht hatte das unverlangte Dementi seinen Grund in einer anderen, nicht transparent gemachten «Beteiligung», jener der «*Christians for Truth*» (CFT). Die wenig bekannte Gruppierung entstand im Umfeld der 1966 vom südafrikanischen Pfarrer Erlo Stegen gegründeten evangelikalen *Kwa-sizabantu-Bewegung*. Die «Christen für die Wahrheit» sind auch in den USA, in Deutschland und weiteren Ländern aktiv. Die deutschen und schweizerischen CFT-Gruppen propagieren mit viel Aufwand eine *rigide Sexualmoral*. Der schweizerische Präsident, der Glarner Confiserie-Unternehmer Jürg Läderach, geisselte 1996 auf der Rütliwiese bei einer Kundgebung des christkonservativen Lagers «ein sexuell freizügiges Leben vor oder ausserhalb der Ehe» und ganz besonders «die rasante Zunahme der Homosexualität».

«In vielen Staaten sind die Gesetze aufgeweicht oder abgeschafft worden, die Gotteslästerung, Pornographie, Abtreibung, Euthanasie, homosexuelle Praktiken, Drogenmissbrauch und ähnliches verboten haben», steht in «95 Thesen zur Situation von Kirche und Gesellschaft im Lutherjahr 1996», die von CFT verbreitet werden. Den «Christians for Truth» zuzurechnen ist auch die Bewegung «*Wahre Liebe wartet*», die Jugendliche zu einem

schriftlichen Versprechen drängt: «Durch die Gnade Gottes verpflichtete ich mich ..., bis zum Tag meiner Heirat sexuell rein zu bleiben.»

Ab 1996 brachte sich der Schweizer CFT-Zweig aktiv in die Diskussion der «Lebensschutzorganisationen» ein. CFT-Präsident Läderach übernahm die organisatorische Arbeit einer neugeschaffenen Koordination für das Leben, einem losen Kontaktgremium, das alle paar Monate eine Sitzung durchführt. «Läderach kommt jeweils gleich mit Anhang», erklärte uns ein Sitzungsteilnehmer, «mit Walter Mannhart und mit Patricia Casanova». In der «Arena»-Sendung vom September 1997 traten verschiedene CFT-Anhängerinnen auf, allerdings ohne «Herkunftsbezeichnung».

«*CFT Schweiz*» wurde im Januar 1992 in Basel gegründet. «Es ist uns ein grosses Anliegen, die Muttervereinigung in Südafrika zu unterstützen und parallel das Unrecht, den sittlichen Zerfall und die überhandnehmende Gottlosigkeit in unserem Lande zu bekämpfen», stand in einem Rundbrief der neuen Vereinigung. «Wir glauben, dass das Leben eine Gabe Gottes ist, das unter allen Umständen unsere Achtung verdient und geschützt werden muss», heisst einer von zehn CFT-Grundsätzen, die sich auch «gegen alle Lehren mit atheistischem Charakter, wie zum Beispiel den Kommunismus, Sozialismus und andere» wenden. «Wir glauben an den biblischen Grundsatz von Recht auf Privateigentum und Unternehmertum.»

CFT operiert mit viel Power und viel Geld und hat sich in einer Achse Glarnerland-Ricken etabliert. Die offizielle CFT-Adresse befindet sich beim Unternehmer Läderach in Ennenda (GL). Der eigentliche Sitz ist jedoch der Hof Oberkirch in Kaltbrunn (SG), den die Vereinigung 1995 erworben hat. Dort betreibt sie die christliche Privatschule «*Domino Servite*» (Dienet dem Herrn); Walter Mannhart ist der Schulleiter. Im Hof Oberkirch wohnen auch etliche CFT-Anhängerinnen. 1997 erwarb die Organisation zusätzlich für zwei Millionen das ehemalige Gebäude der Fleischfabrik Kunz in Bilten.

«Moralterror» oder «längst fällig»?

Die «Reproduktionsrate der Schweiz» sei bereits heute bedrohlich negativ, weshalb es nicht im Sinn der Schweiz sei, das langsame Aussterben des Schweizervolkes zu fördern, argumentierte Hürzeler bei der Lancierung der Initiative. «Der juristisch legitimierte Kindermord macht aus Spitälern wahre Schlachthäuser», fuhr er fort. Der Holocaust sei «klein, gemessen an dem Selbstmord, den das Schweizer Volk zu begehen im Begriff ist: der Fristenlösung». Die hängige parlamentarische Initiative von Barbara Haering Binder bezeichnete Hürzeler als «Todesschatten, der unser Volk bedroht». Die Sprache kündigte den *Kreuzzug* an, den die rabiatischen Abtreibungsgegner zu führen gedenken.

Die Reaktionen blieben nicht aus. Die *NZZ* kanzelte die Initianten in einem samstäglichen Leitartikel regelrecht ab: «Letztlich ist den Initianten auch das Wohl des Kindes Nebensache, denn ihr Interesse gilt eben dem ungeborenen Leben, nicht dem geborenen, sowie der Verteufelung der Fristenlösung. Wie ein Mensch die Tatsache verkraften soll, das Ergebnis eines Gewaltakts zu sein und nur auf Grund eines staatlich verordneten Gebärzwangs zu existieren, lassen die Initianten unbeantwortet.» Der Kommentar liegt auf der Linie der *FDP*.

Überraschender war für die Initiantinnen und Initianten das Echo der *Zürcher SVP*. «Hände weg vom Moralterror!», titelte der «Zürcher Bote». «Für Mutter und Kind» wolle «unser Land in bezug auf die Abtreibungs-Gesetzgebung wieder in die Steinzeit zurückversetzen», kommentierte Redaktor Fredy Kradofer. Die Initiative würde «eine krasse Form von <Zwei-Klassen-Gesellschaft> kreieren» zwischen jenen, die es sich «leisten können, die Legalität im Ausland zu suchen», und den andern, die «das Kind austragen oder dann in die Illegalität gehen müssten». Kradofers Verdikt: «Gruppierungen, die moralisch-ethisch-religiös die <einzig richtigen> Verhaltensmuster vertreten, sind unter einer klar definierten Bezeichnung

zusammenzufassen, jener der <Sekten>.»

Zu Kradofers pointiertem Kommentar kontrastierte die Haltung von Alexander Segert, dem Mitredaktor am Zürcher Boten und Herausgeber des VPM-nahen *Bulletins* «*Bürger und Christ*». Die Initiative unterstütze «den längst fälligen Mentalitätswandel weg von der Abtreibung», warb «*Bürger und Christ*». Der Positionsbezug fiel umso mehr auf, als das VPM-Sprachrohr «*Zeit-Fragen*», in dem Euthanasie ein Dauerthema ist, dem verwandten Abtreibungsthema vorderhand auswich.

Fundis und Realos

Nur wenige Kräfte stellten sich spontan hinter die Initiative «Für Mutter und Kind»: die Kleinpartei EDU und der Verein «Pro Life». Die Katholische Volkspartei, die in Übereinstimmung mit der katholischen Kirche jegliche Abtreibung strikt ablehnt, stellte sich auffälligerweise nicht hinter das Volksbegehren.

Zurückhaltend äusserten sich vor allem die traditionellen Abtreibungsgegnerinnen und -gegner. Marlies Näf-Hofmann, Präsidentin der Zürcher Sektion von «Ja zum Leben» und Thurgauer SVP-Grossrätin, plädierte als Realpolitikerin dafür, die Kräfte auf das kommende *Referendum gegen die Fristenlösung* zu konzentrieren. Zudem sei der Initiativtext «dilettantisch, rechtlich unhaltbar und unklar formuliert». Der SVP-Politiker Herbert Meier, Präsident der Aargauer Sektion von «Ja zum Leben», warnte vor einer kräfteverzehrenden, unnötigen «25-Prozent-Übung», will heissen: zu viel Aufwand für 25 Prozent Ja-Stimmen.

Es ist auch ein Konflikt zwischen Realos und Fundis. *Realpolitisch* agieren jene Gruppierungen, die in den siebziger Jahren viel Energie gegen die Fristenlösungsinitiative (erfolgreich) und in den achtziger Jahren für die Initiative «Recht auf Leben» (erfolglos) investiert hatten. Vor ihnen liegt das Referendum gegen die parlamentarische Fristenlösungs-Vorlage.

Auf der anderen Seite stehen die *Initiantinnen und Initianten* von «Für Mutter und

Kind», die bislang draufgängerisch, aber unrealistisch operierten. Bei der Lancierung erklärten sie vollmundig, sie wollten die notwendigen 100 000 Unterschriften innert vier Monaten einreichen (zur Verfügung stehen anderthalb Jahre). Ja noch mehr: Müggler, der in Basel als Geschäftsführer amtiert, sprach davon, innert vier Monaten 180 000 Unterschriften beisammen zu haben. Das wäre Anfang Oktober gewesen. Mitte Dezember war auf der Homepage www.mamma.ch noch immer eine drei Monate alte Pressemeldung zu lesen, die behauptete, es seien über 50 000 Unterschriften beisammen. Im Dezember mochte Müggler keine Auskunft über den aktuellen Stand geben: «Wir haben die Devise, jenen, die uns negativ behandeln, bewusst keine Informationen zu geben.»

Der harzige Verlauf der Unterschriftensammlung bedeutet auch, dass der reisserisch aufgemachte Prospekt in alle Haushaltungen ein Flop war. Mit etwas Kopfrechnen lässt sich schätzen, dass für jede Unterschrift, die so gesammelt wurde, rund zwanzig Franken investiert wurden.

Zweimal Vorbild USA

Bis zum 2. Dezember 1999 – das ist die offizielle Deadline – dürfte die Initiative dennoch zustandekommen. An der Urne wird sie zwei, drei Jahre danach jedoch keine Chance haben. Gut möglich, dass es tatsächlich eine «25-Prozent-Übung» wird. In den Augen der Initianten kann das dennoch ein Erfolg sein. «Es ist wahrschein-

lich, dass wir die tonangebende Organisation werden», erklärte Müggler gegenüber der WoZ. Ein Volksbegehren als Mittel zur *Selbstprofilierung*.

Die Initiative bedeutet auch einen markanten Schritt in der *Politisierung des christlich-fundamentalistischen Lagers*. Bislang galt ja alles in allem, dass diese Kreise den offiziellen Kirchen vorwarfen, zu sehr zu politisieren, sich zu sehr in das gesellschaftspolitische Diesseits einzumischen – statt den Kirchengang und das Gebet zu pflegen. Nun politisieren sich die «Fischli»-Christen, wie sich die evangelikalen und freikirchlichen Kreise mitunter in einem Anflug von Selbstironie selbst nennen (in Anlehnung an den Kleber am Heck des Autos). Vor allem CFT-Präsident Läderach gilt im christkonservativen Lager als klarer Verfechter einer Politisierung dieses Lagers – à la USA.

Allerdings orientiert sich nicht nur die Strategie «*Alleingang*» an US-amerikanischen Vorbildern, sondern ebenso die Strategie, mit der nationalkonservativen SVP ein *Bündnis* einzugehen und dort Boden zu gewinnen. In den USA haben die radikalen Gegner der Abtreibung oder der Homosexualität und andere Tugendwächter insgesamt beängstigend an Einfluss gewonnen, indem sie ihre Position in der Republikanischen Partei systematisch ausbauen konnten. In eine ähnliche Richtung zielt Pro-Ecclesia-Präsident Herbert Meier, der in seiner Partei eine «Christlich-konservative Arbeitsgemeinschaft in der SVP» ins Leben rufen möchte – eine «*Christian Coalition*».

Für die Christen ist die Aufnahme von Fremden und die Solidarität mit ihnen nicht nur Sache der Gastfreundschaft, sondern eine klare Verpflichtung, die sich aus der Treue zur Lehre Christi ergibt. Sorge für Migranten bedeutet für die Gläubigen, dass sie den von weither gekommenen Brüdern und Schwestern einen Platz in den einzelnen Christengemeinden sichern und sich dafür einsetzen, dass jedem von ihnen die allen Menschen eigenen Rechte zuerkannt werden.

(Johannes Paul II. zum Welttag der Migration am 9. November 1998)